

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juni 2013

63. Jahrgang, Nr. 728

Geschichtskennntnis war vorhanden

Hessens Ministerpräsident Bouffier würdigt Akteure des Volksaufstandes vom Juni 1953

Der Gedenktag 17. Juni war in diesem Jahr für die VOS eine besondere Herausforderung, da dieses bedeutende geschichtliche Ereignis nun sechs Jahrzehnte zurückliegt und eine entsprechende Würdigung erwartet wurde. Neben der aktiven Mitgestaltung bei den Gedenkfeiern in Berlin, die besonders durch unseren Bundesvorsitzenden Hugo Diederich abgesichert waren, zeichnete sich wiederum die Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe aus, die seit etwa zwei Jahren damit befasst ist, an den Dienstgebäuden der Regierungsbezirke Darmstadt, Kassel und Gießen je eine Tafel zum Gedenken an den Volksaufstand von 1953 anbringen zu lassen. Hierzu hatten sich die Kameraden Franke, Selten und Göhl vehement und unnachgiebig eingesetzt, was zwischenzeitlich zu eindeutigen, dazu noch unfreundlichen Absagen der zuständigen Behörden geführt hatte. Nun jedoch war der Schulterchluss gelungen, und der Anfang wurde in Hessen gemacht, wo Gerd Franke ein direktes und ausführliches Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Volker Bouffier führen konnte und dieser dann auch eine unwiderrufliche Zusage für die Montage der ersten Tafel erteilte. Die Tafel wird die Inschrift tragen: *Zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und an alle Opfer des Kommunismus in Deutschland. Für das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, gibt es keinen angemessenen Ausgleich. Dennoch wurde über die Regierungspräsidien des Landes Hessen in vielen Fällen eine Entschädigung für das erlittene Unrecht gewährt.*

Dass diese Tafeln keine halbherzigen Zugeständnisse sind und sie durch die Initiative der VOS ihren Platz finden sollen, wurde in der Feierstunde am 17. Juni im Landtag von Hessen noch einmal nachhaltig erfahrbar. Hier sprach der Ministerpräsident mit Kenntnis und Anteilnahme zu den Ereignissen, die inzwischen 60 Jahre zurückliegen und die dennoch nicht an Bedeutung verloren haben. Die anwesenden Schulklassen und Politiker zeigten sich beeindruckt. Auch das Gespräch zwischen Volker Bouffier und den VOS-Kameraden fand auf Augenhöhe statt. *Valerie Bosse*

Weitere Berichte zu den Gedenkfeiern auf S. 15

VOS unterstützt die Demokratiebewegung in türkischen Städten

Erklärung

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. verfolgt wie alle demokratischen Kräfte in Deutschland das Eintreten vieler türkischer Bürgerinnen und Bürger für mehr Demokratie, persönliche Freiheit und gesellschaftliche Fortschritte mit Respekt und Sympathie. Die Republik Türkei ist ein Land, das durch große Traditionen und eine gefestigte humanistische Religion geprägt ist. Zugleich hat in dem Land im vorigen Jahrhundert eine Hinwendung in Richtung der modernen europäischen Demokratien stattgefunden, die große Teile der jüngeren türkischen Generationen auch im eigenen Land verwirklichen möchten. Dies bekunden sie öffentlich an vielen Orten und auf friedliche Weise.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus appelliert an die Regierung der Republik Türkei, sich ernsthaft und gewaltlos mit dem Anliegen dieser Menschen auseinanderzusetzen. Sie erinnert daran, dass 1989 in Deutschland, obzwar unter anderen historischen Bedingungen, durch friedliche Proteste eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung möglich geworden ist und alle demokratieliebenden Menschen davon profitieren konnten, wohingegen die Niederschlagung eines großen Volksaufstandes im Jahr 1953 zur weiteren Verschärfung der Verhältnisse und zur Minimierung von Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger führte. Ein anhaltender Kampf einer nur durch Minderheiten legitimierten Regierung gegen den Großteil der Bevölkerung sowie die zunehmende Zahl diktatorischer Maßnahmen, einschließlich drastischer Haftstrafen und Todeschüsse, waren damals die Folgen.

Die Entwicklung in diesem Teil Deutschlands, der DDR, hat gezeigt, dass eine Regierung, die sich von der eigenen Bevölkerung abwendet und – auf welche Weise auch immer – Druck auf sie ausübt, international keine Anerkennung finden kann und sich stattdessen isoliert.

*Vereinigung der Opfer des Stalinismus
Der Bundesvorstand
Berlin, 17. Juni 2013*

Ich möchte zunächst mal wieder alle die beruhigen, die aufgrund gewisser Falschmeldungen, die weiterhin im Internet und auf den Email-Servern die Runde machen, befürchtet hatten, die letzte Ausgabe der Fg sei auch – rein numerisch – die letzte gewesen. Wie man sieht, es geht immer weiter.

In der Tat erhielt ich in den letzten Wochen immer mal wieder Anfragen oder auch schon entsprechend pessimistisch vorgefasste Meinungen, die neben der Einstellung der Fg auch das Ende der VOS vermuteten. Nein, das ist nicht wahr. Ebenso kann ich versichern, dass der Bundesvorstand weiterhin im Amt ist und die Unterstellungen, die in den allmählich langweilenden Falschmeldungen jeder Wahrheit entbehren, aus der Luft gegriffen sind. Es besteht daher auch keine Notwendigkeit, in der Verbandszeitschrift Debatten um Personen zu führen und somit das Profil unserer Freiheitsglocke zu ändern bzw. zu verfremden.

Auch was eine Diskussion um eventuelle Fördermittel angeht, sollten wir hier einiges klarstellen. Die VOS als Bundesorganisation erhält schon seit der unmittelbaren Phase nach der Wiedervereinigung keine zentralen Fördermittel mehr. Diese von einem gewissen Luxus geprägte Zeit ist – leider – vorbei. Gefördert werden hingegen einige Landesverbände der VOS, vor allem wenn es um die Bereitstellung von Räumen oder die Finanzierung von Beratungen der Opfer bzw. zuletzt auch um die Herstellung von Flyern zu Werbezwecken geht. Dies hilft durchaus bei der Erfüllung von Aufgaben innerhalb der betreffenden Region und zum Bekanntwerden unseres Verbandes. Es hat aber nichts mit dem Wirken und der Arbeit des Gesamtverbandes zu tun. Hier sind die Beiträge ausschlaggebend; und Spenden, die immer mal wieder fließen, sind allemal hilfreich. Dass die Existenz der VOS bedroht ist, wenn diese oder jene Landesregierung eine Zahlung einstellt, trifft nicht zu. Miete für die Bundesgeschäftsstelle oder Druckkosten für unsere Freiheitsglocke finanzieren sich aus den Einnahmen des Verban-

des. Hierbei, und dies verdeutlichen die Aufrufe, die wir gelegentlich veröffentlichen, sind Spenden unentbehrlich.

Übrigens ist es für manches VOS-Mitglied leider nicht die Regel, dass die Jahresbeiträge pünktlich und ohne Aufforderung überwiesen werden. Leider gibt es auch schwarze Schafe, die uns sogar noch den Beitrag für mehrere Jahre schulden.

Auf ein Wort des Redakteurs

An vielen Falschmeldungen ist mittlerweile das Internet beteiligt. Dieses Medium weist bekanntlich nicht nur gute Seiten auf. Die schnelle Kommunikation, die auf digitalem Wege möglich ist und durch die wir in Sekundenschnelle riesige Datenmengen übermittelt bekommen können, ist eine wunderbare Sache. Leider kann sie aber auch für Irritationen und Betrügereien genutzt werden. Es ist also nicht nur Vorsicht geboten, wenn es um die Verwaltung von Konten geht, sondern auch bei der Entgegennahme von Meldungen und Nachrichten.

Nebenbei gesagt finde ich es wirklich erfreulich, dass sich ein Großteil der älteren Kameradinnen und Kameraden der Nutzung eben dieses Internets befleißigt haben. Denn ganz so einfach, wie es uns die Profis und die Fernsehmoderatoren weismachen wollen, ist der Einstieg in die digitale Welt denn doch nicht. Daher möchte ich allen, die sich im Alter von achtzig oder gar neunzig Jahren noch einen Computer angeschafft haben, auch einmal ausdrücklich danken und ihnen meine Anerkennung aussprechen. Die Arbeit mit dem Internet ist eine Art Gymnastik des Geistes. Sie hält das Gehirn fit und verhilft uns zugleich zu Informationen, die wir in der Zeitung, dem Rundfunk und dem Fernsehen nicht so gezielt und so flink abrufen können.

Jene, die noch ohne Internet leben, sollen damit natürlich nicht diskriminiert oder ausgeschlossen werden. Im Rahmen meiner Mög-

lichkeiten stehe ich auch für Telefongespräche und den Briefverkehr zur Verfügung, zumal es sich nicht vermeiden lässt, dass immer mal wieder eingereichte Texte abgeschrieben und vor allem entziffert (!) werden müssen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Demonstrationen in den türkischen Großstädten. Mich hat vom ersten Augenblick an, da ich die Proteste dort sah, die Erinnerung an den Unterdrückungsapparat der DDR erfasst. Es ist nicht nur der Aufstand von 1953, den ich assoziierte, sondern auch jene DDR aus dem Jahr 89. Dort befanden sich bis in den Dezember hinein immer noch Menschen aus politischen Gründen in der Haft. Weil sie anderer Meinung waren als die Regierung, weil sie demokratische Freiheiten wollten. Dort konnte sich die SED-Kaste nur an der Macht halten, indem sie den gewaltigen Sicherheitsapparat namens Stasi in Gang setzte und aus dem kleinen Land zudem einen Polizei- und Militärstaat gemacht hatte. Die Ideologie und die „Liebe zur Sowjetunion“ wurden den Menschen als Lebensdiktat aufgezungen.

In der Türkei spielen Polizei und Militär ebenfalls eine negative Rolle. Egal dass jene Generäle, die sich ihrem Land und nicht dessen Herrscher verpflichtet fühlen, zu Hauf inzwischen inhaftiert sind. Die Religion, vor der wir als Christen große Achtung haben, wird als ideologisches Zwangsmittel instrumentalisiert. Da in der Türkei noch viele Menschen in Rückständigkeit leben, befolgen sie das, was ihnen auf diesem Weg vorgegeben wird.

Zu erkennen gilt es indessen, dass dieser sich anbahnende Aufstand keine Revolution linker Kräfte ist. Mag die hiesige Linke diese falsche Interpretation ihren Anhängern auch vorsäuseln. Es geht um Freiheit, um Demokratie und auch um eine gottgerechte Religionsausübung. Dies jedoch sind gesellschaftliche Ziele, die eine Linkspartei, ehemals SED, nicht auf ihre Fahne geschrieben hat.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe – Themen, Hinweise, Daten:

Titelseite		Die wirkliche Erinnerung jedoch fehlt	8
Es hat gedauert, aber es ist gelungen		Wer fordert denn Vergebung?	
Volker Bouffier verkündet bei Gedenkfeier zum 17. Juni die Zusage für Gedenktafel		Wir kommen nicht an der DDR vorbei	8
Die Regierung sollte sich offen zeigen		Das Parteibuch der SED war schnell verschwunden	
VOS gibt Erklärung zu den Demokratie-Bestrebungen in der Türkei ab		Trotz DDR-Knast in die SED gegangen?	9
Redaktionsthema:		Eine große Partei wird 150, doch es wird nicht aller Stationen gedacht	
- Die VOS ist stabil und finanziell abgesichert		Über die Inhaftierung von Widerständlern unter den SPD-Genossen	9
- Die VOS ist solidarisch mit der Freiheitsbewegung in der Türkei	2	Demokratie und Diktatur. Und umgekehrt	9
Wer schützt uns vor Behördensturheit?		H Ä F T L I N G S S C H I C K S A L:	
Wir Antragsteller haben es schwer	4	In beiden Diktatoren viele wertvolle Jahre des Lebens verloren	
Psychische Verletzungen sind quälend wie körperliche Wunden		Doch durch die Arbeit in der VOS eine neue großartige Heimat gefunden	10 - 12
In den Kliniken herrscht Unverständnis	4	Laut und leise nachgedacht:	
Dieser Thriller ist echt! (und besser als ein James-Bond-Film!)		Salzgitter – die (Ex-)Erfassungsstelle	12
Über Werner Juretzkos Buch	4	Gedenkstätte Bautzen:	
Was bedeutet Demokratie wirklich?		Eine originelle Führung	12
4	4	Kirche im Sozialismus	
Eine Auszeichnung mit besonderem Niveau		Bekenntnis aus Feigheit und Verrat?	12
VOS-Landesvorsitzender Sachsens erhält die Verdienstmedaille	5	Literatur für den Staat und gegen die Wahrheit?	
Mit Eigennutz ins diktatorische System		Die Schriftstellerin Anna Seghers und ihre Rolle in der DDR	13
Ein kritischer Blick in die Nachkriegsgeschichte	5	Die Mutigsten nahmen Kontakt zu den Ost-Büros der Parteien in West-Berlin auf	
Über die Glorifizierung und die Verfemung von Diktaturen		Zahlreiche Hinrichtungen und hohe Haftstrafen waren die Folgen des Widerstandes	15
Was sagen uns Uniformen, Waffen und andere Symbole über ihre heutigen Anhänger?	6	Bereitschaft und Teilnahme sind allseits vorhanden	
(Im) Zeichen des Sozialismus: die Schnellfeuerwaffe Kalaschnikow		Der Bundesvorsitzende, ehemals Betroffene und Politiker bei Gedenkfeiern am 17. Juni	15
Eine Betrachtung	7	Leserbriefe	4, 5, 8, 9
Malen für den Sozialismus und das ZK?		Personalie, Zitate,	6, 8
Zum Tode des Malers Willi Sitte	7	Aktuelles	16
Ist die SPD auf Bundesebene wählbar?		Nachrufe	15
Erkenntnisse vom Bautzen-Forum	8	Impressum	16
Die Gründung der DDR und das Ende der Vernunft			

Spender für die VOS

Anhaltende Spendenbereitschaft der Mitglieder

Kurt Liebert, Rudi Ernst, Erich Schmidt, Gerda und Kurt Selch, Sigrid Schulz, Herbert Söllner, Erhard Noack, Hans Mirr, Reinhard Golde, Gerhard Bohne, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Rainer Buchwald, Joachim Hänel, Gottfried Mothes, Wilhelm Sperling, Horst Kreeter, Horst Badock, Dieter Wendt, Jürgen Stahf, Herta Lahne, Stefan Obst, Klaus-Ludwig Goos, Roland Steinbach, Michael Rutkowski

Wir danken für die anhaltende Spendenbereitschaft.

Es wäre schade und nicht zur VOS passend, wenn die Rubrik „Spender für die VOS“ leer bleiben müsste.

Bitte beachten: Die nächste Freiheitsglocke erscheint als Doppelausgabe im August.

17. Juni 2013: Sächsischer Landtag mit Gedenkfeier für Volksaufstand

Auch VOS-Mitglieder waren eingeladen

(FG/MK) Mit einem feierlichen Festakt anlässlich des Volksaufstandes vom Juni 1953 in der damaligen DDR gedachte der Landtag des Freistaates Sachsen dieses Ereignisses am diesjährigen 17. Juni. An der Veranstaltung nahmen auch mehrere Mitglieder der VOS vom Landesverband Sachsen teil. Sie hatten vom Ministerpräsidenten eine Einladung erhalten.

Am 17. Juni wurde auch die sehenswerte Ausstellung "Die DDR - Zwischen Repression und Widerspruch" im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags eröffnet. Die Ausstellung kann bis zum 26. Juni 2013 jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr besichtigt werden.

Beachtenswert auch die Internetpräsentation zum Volksaufstand vom Juni 1953 von Werner Juretzko (www.coldwarmuseum.com) mit Fotos und Berichten.

Antragsteller werden heute nicht anders als „damals“ mürbe gemacht

Erfahrungen und Kritiken bei der Antragstellung zur Reha

☒ Wer denkt, dass rehabilitierte DDR-Opfer problemlos Anspruch auf die Paragraphen 10 und 11 BVG haben, der irrt sich, wenn er seinen Antrag beim Versorgungsamt in Halle / Saale (Sachsen-Anhalt) stellt und dann auf den weiteren (positiven) Verlauf warten muss.

Paragraf 10 BVG sieht zwar Heilbehandlungen, Zahnersatz, Brillen oder Kontaktlinsen vor, jedoch legt es das Amt wohl immer wieder gerne auf einen Prozess an.

Vergleichbar ist das mit den Methoden aus der DDR-Zeit, wenn sich jemand erlaubte einen Ausreiseantrag zu stellen. Die Antragsteller damals wie heute werden mürbe gemacht. Zahnersatz zu bekommen mag zwar in den Gesetzen stehen, aber wer hier wirklich welchen bekommt, entscheidet das Versorgungsamt.

Wer jedoch schützt uns vor dieser Behörde, wenn wir uns dorthin wenden?

Hier einige Auszüge:

I. Heilbehandlung für Beschädigte/Schwerbeschädigte (§ 10 Abs. 1 und 2 BVG): Beschädigten wird Heilbehandlung für Gesundheitsstörungen, die als Folge einer Schädigung anerkannt oder durch eine anerkannte Schädigungsfolge verursacht worden sind, gewährt (§ 10 Abs. 1 BVG).

Schwerbeschädigten (GdS mindestens 50 v. H.) wird Heilbehandlung auch für Gesundheitsstörungen, die nicht als Folge einer Schädigung anerkannt sind, gewährt (§ 10 Abs. 2 BVG), sofern keine Ausschlussgründe im Sinne des § 10 Abs. 7 BVG vorliegen (siehe 3.).

II. Umfang der Heilbehandlung

1. Der Heilbehandlungsanspruch umfasst nach § 11 Abs. 1 Satz 1 BVG ambulante ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln, Versorgung mit Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie und Beschäftigungstherapie sowie mit Brillen und Kontaktlinsen. **Versorgung mit Zahnersatz,** Behandlung in einem Krankenhaus (Krankenhausbehandlung), Behandlung in einer Rehabilitationseinrichtung, häusliche Krankenpflege, Versorgung mit Hilfsmitteln, Belastungserprobung und Arbeitstherapie, nichtärztliche sozialpädiatrische Leistungen, Psychotherapie als ärztliche u. psychotherapeutische Behandlung und Soziotherapie.

Michael Teupel

Schuld anerkennen für die Aufarbeitung

Psychiatrie und Psychologie in der DDR diente dem MFS

Zum Beitrag von Lothar Tiedtke von Koß in Fg 726

☒ Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR nahm Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten und das Krankenhauspersonal für seine Zwecke in den Dienst. Mit Hilfe der Psychologie betrieb das MFS die Bespitzelung von Personen und überprüfte das soziale und politische Umfeld der Opposition.



Nachdem die zweite deutsche Diktatur gestürzt war, waren die Kliniken und Behörden ein Sammelbecken der Ex-MfS-Mitarbeiter. Daher wurden die Dienstjahre im Öffentlichem Dienst/Ost verhandelt und anerkannt.

Die Kliniken betrieben auch mit Nachdruck die Privatisierung, um die letzten Spuren der ehemaligen Dienstherren und des Personals zu vertuschen. Für die Patienten oder Inhaftierten hat sich kaum etwas verändert, denn das Personal ist das Gleiche geblieben, außer die Einrichtung ist erneuert worden.

Nun kommen die Opferverbände mit Forderungen wie medizinische Behandlung und einer angepassten Behindertenrente. Da fragen dann die Ärzte und Therapeuten, woher kommen diese Posttraumatischen Belastungsstörungen, die mit solchen Symptomen wie wiederkehrende Albträume, schwere Depressionen und Suizidgefahr verbunden sind? Denn psychische Verletzungen sind ebenso quälend wie körperliche Wunden und können lange anhalten. Deshalb, lieber Herr Lothar Tiedtke von Koß, kommen die ehemaligen Patienten und Inhaftierten nicht zu Wort.

Fazit: Man drückt sich um die Anerkennung der Schuld und dadurch wird dann die Aufarbeitung behindert.

Klaus Dörfert

James Bond ist hier überflüssig!

Die Wahrheit spricht in atemberaubenderen Tönen ...

☒ Die Welt ist beim Lesen von Ian Fleming's Novelle "James Bond" einfach begeistert und in die Illusion einer Welt der Spionage geführt, welche – wessen sich eigentlich jede Leserin und jeder Leser bewusst sein dürfte – in der Wirklichkeit gar nicht existiert.

Einige Leserkommentare beschrieben hingegen meine Autobiographie so treffend in einem einzigen Satz: "Die Nacht begann am Morgen – Aufstieg und Fall eines westlichen Geheimagenten". Es könnte eine James-Bond-Affäre sein, wenn es bloß nicht so eine schreckliche Wahrheit wäre."

Werner Juretzko, USA

Militärhistoriker und VOS-Aktivist lebt in den USA, wo er erfolgreich Aufklärung und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur betreibt
www.coldwarhistory.us

Demokratiestreben darf auf keinen Fall Selbstzweck sein

☒ Demokratie beruht darauf, dass jeder Mensch einer Gesellschaft seine individuelle Meinung zum Ausdruck bringen darf, solange sie keinen moralisch-ethischen Werten widerspricht. Demokratie bedeutet auch nicht, sich anzumaßen, den „Stein der Weisheit“ gefunden zu haben.

In keiner Weise bedeutet Demokratie, alle Kompromisse einzugehen, um dem eigenen Fortkommen unter allen Umständen gerecht zu werden.

Wolfgang Schmidt

In das Tagebuch der kritischen Gedanken gebrannt:

Schlimmes, das wir erlebt haben, wird nicht besser, wenn wir es als noch schlimmer erzählen oder denken. Im Gegenteil. Aber es wird dadurch nicht besser, wenn wir dieses Schlimme verharmlosen oder verniedlichen.

Oder wenn andere das (vorsätzlich) tun, um sich selbst reinzuwaschen.

Paul G. Thiesreuther

Verleihung für einen Würdigen und Verdienstvollen aus unseren Reihen

VOS-Landesvorsitzender Bernd Müller-Kaller aus Sachsen erhält die Sächsische Verfassungsmedaille

Der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbber, hat am 1. Juni 2013 sieben Persönlichkeiten für ihr Wirken für Demokratie und Freiheit die sächsische Verfassungsmedaille verliehen. Die Verleihung, mit der alljährlich ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ausgezeichnet werden, fand im Ständehaus zu Dresden statt. Zu den diesjährig Geehrten gehörte in erfreulicherweise auch ein Mitglied unseres Opferverbandes. Es handelt sich dabei um den Vorsitzenden der VOS-Landesgruppe Sachsen, unseren Kameraden Bernd Müller-Kaller (Stolpen).

Kamerad Müller-Kaller musste aufgrund seiner kritischen Haltung zum SED-Regime sechseinhalb leidvolle Jahre der Gefangenschaft und Zwangsarbeit im Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen und in der Sonderhaftanstalt der Stasi in Bautzen – zum Teil unter strenger Isolation – verbringen.

Nach der friedlichen Revolution und seiner Freilassung im Dezember 1989 trat er Anfang 1990 sofort der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. bei. Er gehört zu den Mitbegründern des sächsischen

Landesverbandes dieser Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus, arbeitete von Anfang an in dessen Vorstand mit und wurde 2008 zum Landesvorsitzenden gewählt.

Seit nunmehr 23 Jahren engagiert sich Kamerad Müller-Kaller ehrenamtlich für seine Schicksals- und Leidensgenossen sowie für die Aufarbeitung des Unrechts an ehemaligen politischen Gefangenen und Verfolgten der sozialistisch-kommunistischen Diktatur.



Er gehört damit zu jenen, denen wir es zu verdanken haben, dass viele psychisch oder physisch Geschädigte moralische Unterstützung bei der Aufarbeitung ihrer Haft sowie qualifizierte Beratung und solidarischen Beistand in ihrem Kampf

um Anerkennung als Opfer der politischen Verfolgung und als Zwangsarbeiter in politischer Gefangenschaft erhalten.

Die Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille geht auf den 26. Mai 1997 zurück. Dies war fünf Jahre nach der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung, damals stiftete der amtierende Landtagspräsident Erich Iltgen zur Erinnerung an die Friedliche Revolution und den Fall der Mauer im Herbst 1989 diese Medaille. Seitdem verleiht der Präsident des Sächsischen Landtags die Auszeichnung jährlich an Personen aus dem Bundesland Sachsen, die sich in besonderer Weise um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Freistaates verdient gemacht haben. Die Medaille ist neben dem Sächsischen Verdienstorden die wichtigste staatliche Auszeichnung, die in Bundesland Sachsen verliehen werden kann.

Die Sächsische Verfassungsmedaille besteht aus Silber. Auf der Vorderseite trägt sie das sächsische Wappen sowie die Inschrift „Sächsische Verfassung – 26. Mai 1992 – Für besondere Verdienste“. Auf der Rückseite erinnern fünf brennende Kerzen sowie der Ausspruch „Wir sind das Volk“ an die Friedliche Revolution. Bislang wurden inkl. der diesjährigen Verleihung 124 Frauen und Männer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt.

Frank Nemetz

Geschichte muss gelebt und erlebt werden, um daraus zu lernen

Über die Rolle der Vertreibung und der Zwangsideologie bei der Schaffung der nächsten Diktatur

Ab 1945 wandten die Behörden der Sowjets und der später von ihnen als Satellit geschaffenen DDR radikale Maßnahmen an, um die Bürgerinnen und Bürger zwischen Oder und Elbe politisch und sozial zu töten und möglichst viele von ihnen zur Flucht aus ihrer Heimat zu bewegen. Die Menschen wurden zu Opfern verbaler und immer auch wieder psychischer Gewalt.

Nicht nur dass etliche aus Ostpreußen, Schlesien und vielen nicht genannten Orte, ihre Heimat verloren hatten und einen Fluchtaufenthalt in eines der berüchtigsten KZ auf polnischem oder tschechischem Gebiet hinter sich hatten, wurden sie in der DDR ihrer bürgerlichen Rechte und jeglichen Schutzes be-

raubt und schrittweise aus allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ausgeschlossen. Dabei entstand eine Gruppe Neureicher, die sich dem diktatorischen System nicht ohne Eigennutz verschrieben hatten. Das geschah mit einem enormen Tempo und einer unbeschreiblichen Brutalität, um so schnell wie möglich Fakten zu schaffen. Sie ließen sogar Altkommunisten und ihre eigenen Anhänger deportieren, die sie als Herausforderer betrachteten.

Tatsächlich spielten die Kommunisten ein Spiel, das wir heute eine Politik auf Zeit nennen können, in der man den richtigen Augenblick abwartet, um die fragwürdigen

Ideen verwirklichen zu können. Es war glücklicherweise noch nicht wieder der Zeitpunkt, für die geplanten Internierungslager (KZ) auf dem Gebiet der DDR gewesen.

Also möchte ich hier abschließend meine Hochachtung dem Altkanzler Helmut Kohl übermitteln, der im entscheidenden Moment richtig handelte und der damals das Zitat von der „Gnade der späten Geburt“ brachte. Vielleicht hatten auch einige von uns das Glück, zu denen zu gehören, die zu spät oder zu früh geboren wurden. Das mag jeder für sich selbst entscheiden, Aber Geschichte muss nach meiner Auffassung gelebt und erlebt werden, um daraus zu lernen.

Klaus Dörfert

Ist die Uniform falsch, oder haben alle nur die falsche Meinung?

DDR-Symbole und schon gar keine Kalaschnikow gehören nicht (mehr) in die Öffentlichkeit

Unter dem Internet-Link <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/ddr-symbole-die-falsche-uniform> nahm sich in ihrer Ausgabe vom 1. Juni die Berliner Zeitung unter der Überschrift „Die falsche Uniform“ des Themas „DDR-Symbole, soll man sie verbieten und das Tragen und zur-Schau-stellen unter Strafe stellen oder nicht?“ an. In dem Beitrag wurde auf einen Akteur verwiesen, der am Pariser Platz in Berlin Touristen in einer entsprechenden Verkleidung auf lustige Art unterhält. Wie lustig ist sowas wirklich?

Verwiesen wird aber auch auf den Aufmarsch von Trägern von NVA-Uniformen und von MPi Kalaschnikow, Säbeln und Schaftstiefeln, über den wir in der vorigen Fg-Ausgabe berichteten. Der Aufmarsch hatte am 9. Mai am Ehrenmal in Berlin-Treptow stattgefunden und bei zahlreichen Menschen zu Verwunderung und Empörung geführt, weil hier unerfreuliche Erinnerungen an die militärisch geprägte DDR hervorgerufen wurden.

Ungeachtet dessen wurde das militaristische Spektakel von mehreren Medien und Politikern verharmlost und als freundliche Posse hingestellt, für die die übrigen Mitbürgerinnen und Mitbürger bitte schön Verständnis aufzubringen hätten.

Des Themas „Tragen und zur-Schau-stellen von DDR-Symbolen, von NVA-Uniformen und Schnellfeuerwaffen in der Öffentlichkeit“ hat sich nachstehend Hartmut Richter angenommen, wobei er die berechnete Frage nach einer objektiven Wertung des in der Berliner Zeitung vertretenen Standpunktes stellt.

Die Berliner Zeitung zeigt wieder einmal, wie ignorant sie gegenüber DDR-Unrecht ist. Dieser Artikel von Sabine Rennefanzenz ist eine

Demütigung für Menschen, die unter diesen Symbolen gelitten haben, vom MfS zersetzt, um ihre Freiheit und Lebensfreude gebracht und deren Hinterbliebene an der Grenze Erschossene wurden.

Warum wird trotz Aufklärung nicht so wie – zu Recht – bei der Relativierung von NS-Unrecht reagiert? Hier werden durch die Berliner Zeitung, gewollt oder nicht, ehemalige Avantgardisten der DDR bedient, die wegen verlorener Macht und Privilegien noch heute verbittert sind.

Jener von Frau Rennefanzenz zitierte NVA-Uniformträger der als Achtjähriger den Mauerfall erlebte, zeigt mehr Verständnis für ehemals verfolgte Menschen, die unter diesen Symbolen gelitten haben und wohl noch immer traumatisiert sind, als die Verfasserin. Ehemals Verfolgte wünschen ganz bescheiden angesichts der zwölf Jahre währenden Zeit des Nationalsozialismus, dass das Wissen über stalinistisch-kommunistisches, folgend DDR-Unrecht wächst und allgemein endlich auch ähnlich intensiv vermittelt wird, wie dies zu Recht bei den Verbrechen des Nationalsozialismus geschieht. Wird gesellschaftlich wie bei Relativierung von NS-Unrecht reagiert, muss man gesetzliche Verbote nicht diskutieren – meint und wünscht.



Hartmut Richter

Ansichtssachen:

Auf nahezu jedem Kriegsschauplatz dieser Welt, der uns in Fernsehberichten vorgeführt wird, kämpfen Fanatiker mit Kalaschnikows – nicht selten sogar gegeneinander. Ist es also lediglich eine Farce, wenn sie hierzulande bei selbst inszenierten Wachaufzügen ebenfalls zur Schau getragen werden und wenn man dieses Tötungsinstrument nachträglich als Waffe, die den Frieden geschützt haben soll, geradezu glorifiziert und ihre Existenz als notwendig bezeichnet?

Tom Haltern

Wo fängt man mit einem Verbot an? Wenn man Uniformen und die DDR-Flagge verbietet, muss man dann nicht auch das FDJ-Hemd verbannen, in dem sich offenbar auch Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel nicht unwohl gefühlt hat? Kann man wirklich die NVA, Hammer, Zirkel und Ährenkranz mit den verbotenen Nazi-Symbolen wie dem Hakenkreuz gleichsetzen? Der Antrag bleibt in der Frage vage, spricht lediglich von Symbolen, „die in besonderer Weise das SED-Unrechtsregime verkörpern“.

Aus: Berliner Zeitung vom 01.06. 2013, S. Rennefanzenz, Quelle: Internet

Warum muss alles, was mit der SED-Diktatur zu tun hat, ausdrücklich einen Bezug zur NS-Diktatur haben? Wem nützen Vergleiche, zumal sie unversehens immer wieder auf einen Versuch der Gleichstellung hinauslaufen und damit unsachlich diskutiert werden?

Demütigt man nicht die Opfer der einen Diktatur, indem man ihnen kategorisch vorhält, dass die andere Diktatur ja insgesamt viel schlimmer und grausamer gewesen sei

und man ihnen aus diesem an sich fragwürdigen Grund das natürliche Recht vorenthält, die Weiternutzung der einstigen Unterdrückungssymbole zu verbannen und damit verhindert, dass sich nachwachsende Generationen ein falsches Bild machen?

B.

Thonn

Die Kalaschnikow ist ein Instrument, das hergestellt wurde, um Menschen zu töten. Mag man der Art ihres Einsatzes in den Kreisen unverbesserlicher und uneinsichtiger Hardliner auch heute noch heroische Legenden andichten und ihren Hersteller als genialen Erfinder in den Himmel heben. Die Kalaschnikow muss daher bedingungslos aus dem zivilen Leben verbannt werden. Sie ist – wie jede andere Waffe – auch ungeeignet, als Spielzeug oder Souvenir vor den Augen anderer Menschen präsentiert zu werden, da dies traumatische Folgen haben kann. Bekanntlich werden auch Bankräuber, die mit Spielzeugpistolen Überfälle begehen, so behandelt, als hätten sie wirkliche Schusswaffen benutzt. Daher müssen sich die Träger von Nachbildungen der Kalaschnikow ebenfalls vor dem Gesetz verantworten. Man kann schließlich nicht davon ausgehen, dass jeder Unbeteiligte erkennt, dass es sich um keine echte Feuerwaffe handelt.

Hugo Diederich

Kann und soll man alle Symbole und Riten aus der SED-Zeit verbieten?

Kalaschnikow, Jugendweihe und Blauhemd

Kann man Symbole aus der DDR-Zeit verbieten oder ihre zur-Schau-Stellung gar unter Strafe stellen?

In der Tat wird man hier keine eindeutig akzeptable Beantwortung geben können. Vom Grundsatz her sind Symbole, die eine Diktatur gestützt haben und die dazu dienten, Menschen, besonders Jugendliche, willig und gefügig zu machen, nicht geeignet, in der Öffentlichkeit gezeigt zu werden. Weder aus kommerziellen noch aus reaktionär politischen Motiven. Sie verharmlosen oder verfälschen das Wesen der Diktatur, die sich ihrer einstmals bedient hatte. Und sie beschädigen die Schicksale der Opfer, die eben diese Diktatur hinterlassen hat. Egal, dass unsere heutige Kanzlerin Angela Merkel, wie uns das ein inzwischen oft genug veröffentlichtes Foto zeigen will, auch mal eine FDJ-Bluse getragen hat. Ob sie sich dabei wohlgeföhlt hat oder ob sie das Tragen dieses Kleidungsstückes als Zwang empfand, wird uns nun niemand mehr erklären können.

Eines steht freilich fest: 99,9 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Jugend in der DDR verbracht haben, dürften der Pionieror-

ganisation und der FDJ angehört und das unvermeidliche Blauhemd getragen haben. Sie haben es in einem Alter angezogen, in dem man wenig über die politisch militärische Rolle von Jugendorganisationen nachdenkt. Freiwillig oder gar mit Freude sind jedoch die Wenigsten in die FDJ gegangen. Wer sich aber dem DDR-Jugend-Massenverband verweigerte, der hatte bezüglich einer beruflichen Entwicklung keine sonderlich guten Aussichten mehr.

Ebenso hat sich wohl kaum jemand in einem FDJ-Hemd wohlgeföhlt. Machte man sich doch darin allein nach außen hin als systemtreu kenntlich. Trotzdem sind es nicht viele, die dafür Verständnis aufbringen würden, sollte man das öffentliche Tragen eines FDJ-Hemdes oder das Vorzeigen des FDJ-Symbols rigoros verbieten oder unter Strafe stellen. Wenn man ein solches Verbot anstrebt, müsste man letztlich auch die Jugendweihe mit einbeziehen, die nach dem Mauerfall sogar ein stark genutztes Zeremoniell ist. Egal, dass sich zu DDR-Zeiten mit der Jugendweihe ein klares Bekenntnis von Vierzehnjährigen zur kommunistischen Ideologie verband.

Anders ist es jedoch mit den Waffen. Wer heutigentags eine Kalaschnikow – und sei es eine Attrappe – öffentlich präsentiert, verherrlicht damit auf zynische Weise das alte System. Und damit nicht genug, legt er auch ein eindeutiges Bekenntnis seiner Gewaltbereitschaft ab. Man muss in einem solchen Fall davon ausgehen, dass er zur Bedrohung für die öffentliche Sicherheit wird.

Dass die Ahndung von Gewaltandrohung mit Waffen neuer Gesetze bedarf, ist im Grunde nicht erforderlich. Illegales Waffentragen steht bereits unter Strafe. Man weiß, dass selbst die Vorführung von Attrappen traumatische Folgen auslösen kann. Dies gilt ganz besonders bei politischen Inszenierungen, wie sie am 9. Mai in Berlin-Treptow stattfand. Wer meint, dieses grausige Spiel nachträglich als Scherz, für den einige bestellte Zuschauer Beifall spendeten, abtun zu können, der irrt schlichtweg. Auch Bankräuber, die mit einer Spielzeugpistole vorgehen, werden verurteilt, denn die Bedrohten können nicht wissen, dass man ihnen statt einer geladenen Waffe eine Attrappe vorhält.

Unser Gesetzesapparat wäre auf jeden Fall gut beraten, paramilitärische Auftritte aus allen politischen Richtungen genau unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls strafrechtlich zu ahnden.

Hugo Diederich

Dem SED-Staat mit Überzeugung und Treue verschrieben

Über das jüngst verstorbene ZK-Mitglied Willi Sitte und seine Kunstideologien

Es sind nicht nur die Symbole, die als Zeichen und Zepter der einstigen SED-Diktatur überlebt haben. Obzwar vielfach umstritten, schlagen sich Politik und Kunstszene ebenfalls mit den „nachgelassenen“ einstigen Vorzeigeakteuren der DDR herum, die – in nicht geringer Zahl – bis zum Mauerfall zu den Großen ihres Landes zählten und dies durchaus ihrer politisch bedingungslosen Mitwirkung zu verdanken hatten.

Aktueller Fall war im Juni der im Alter von 92 Jahren verstorbene Künstler Willi Sitte, der zum einen ein guter Maler war, zum anderen jedoch wie kaum ein anderer Künstler die politische Einstellung des SED-Staates nicht nur abnickte, sondern sie in seinen hohen Funktionen auch gestaltete und in gewissem Grade mitbestimmte. Es stimmt, dass Sitte durch seine Malweise in

der DDR alte Vorstellungen von Kunst und Malerei durchbrach und für die Akzeptanz moderner Kunstarten sorgte. Dies war jedoch zum einen seinen eigenen Ambitionen geschuldet, und es hätte sich andererseits ohnehin nicht auf Dauer aufhalten lassen.

Die frühe SED-Mitgliedschaft, der Einzug in die Volkskammer und in den letzten Jahren der DDR dann noch die Mitgliedschaft im Zentralkomitee, die sich mit dem Vorsitz des Künstlerverbandes ergab, sind Bestandteile einer Vita, die nichts mit dem üblichen Mitläufertum jener Akteurinnen und Akteure zu tun haben, die vielmehr den früh geprägten Standpunkt des Erzkommunisten zementieren. Damit verbindet sich – um es vorsichtig zu formulieren – die Duldung der üblen SED-Restriktion gegen viele eigenwillige und

andersdenkende Künstler, wozu auch die Verfolgung und Inhaftierung von Regimekritikern gehört.

Im Gegensatz zu anderen prominenten Malern hat es Sitte nicht für nötig gehalten, sich für diese tiefe Verwurzelung und das damit verbundene, an anderen Menschen begangene Unrecht zu rechtfertigen, wie wohl er dies nach dem Mauerfall hätte tun können. Damit hat er nicht nur das Bild seiner eigenen Persönlichkeit dauerhaft beschädigt, sondern auch seine staatsreu geprägten Monstergemälde (durch sich selbst) unerklärt gelassen.

Sitte, wie erwähnt, ist kein Einzelfall, doch er war eine der wesentlichen Kunst-Ikonen der SED. Er ist tot, doch jene, die noch leben und schweigen, hätten die Möglichkeit, über ihre hündische Treue zur SED zu reden. *Valerie Bosse*

Die Kommunikationsprobleme zwischen den einzelnen Opfergruppen beseitigen!

Martin Peschek übermittelt den Fg-Leserinnen und Lesern seine Erkenntnisse und Eindrücke vom Bautzen-Forum

☞ Nach Hinweisen und durch Vermittlung des sächsischen Landesvorsitzenden der VOS, Herrn Bernd Müller-Kaller, habe ich erstmals an einem Bautzen-Forum teilgenommen. Es war schön, mal wieder mit Gleichgesinnten zusammen sein zu können. Für mich haben diese zwei Tage aber auch folgende Erkenntnisse gebracht:

1. Es gibt ein Kommunikations- und Informationsdefizit zwischen den Opfern und Widerständlern aus den Jahren 1945 bis ca. 1968 und den Menschen, die sich ab ca. Mitte der 1970er Jahre dem SED-Regime verweigert bzw. Widerstand gegen dieses geleistet haben. Beide Seiten haben trotz vieler Gemeinsamkeiten wohl bisher zu wenig nach einem Austausch ihrer teils auch unterschiedlichen, aber für die weitere Erinnerungsarbeit sehr wichtigen, Erfahrungen gesucht. Die Moderation dieser notwendigen Kommunikation ist m. E. für die VOS eine (neue?) wichtige Aufgabe.

2. Der Kampf gegen den Kommunismus mit all seinen Erscheinungsformen ist auch seit 1989/1990 in Deutschland noch nicht zu Ende; er kann nicht beendet werden. Der Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diederich hatte am zweiten Tag des Bautzen-Forums in seiner kurzen Wortmeldung darauf hingewiesen, dass es den Kommunismus seit 1917 gibt und der Kampf gegen ihn genau so lange andauert. In Deutschland haben wir einen wunderbaren und wichtigen Etappensieg gegen den Stalinismus/ real existierenden Sozialismus/ Kommunismus erreicht. Aber die "Alten Kräfte" sind noch (zu) aktiv und suchen "nach neuen Wegen zum Kommunismus" (Frau Löttsch & Co.). Unter dem Versprechen einer sozialen Heilslehre wird also nach neuen Wegen in eine Diktatur gesucht. Dies bedeutet für mich/für uns, dass zumindest die Wachsamkeit erhalten bleiben muss. Der Weg zur Macht muss diesen Reformkommunisten versperrt bleiben, denn wenn Sie an die Macht kommen sollten (egal auf welchem Weg das passiert), dann wäre es erneut bereits zu spät.

3. In den letzten Ausgaben der FG wurde auch die bevorstehende Bundestagswahl thematisiert. In diesem Zusammenhang ist mir während des Bautzen-Forums die ambivalente (oder gar fragwürdige?) Rolle der SPD negativ aufgefallen. Einerseits hat die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung seit über 20 Jahren die Veranstaltungen in Bautzen organisiert; dafür verdient sie großen Dank und Anerkennung. Diese praktische Würdigung der Leistung und der Leiden der Opfer des SED-Regimes ist aber nur eine Seite der Medaille. Im aktuell-politischen Alltag findet die SPD leider immer noch nicht zur kontinuierlichen, nachhaltigen Distanz zu den Nachfolgern der SED-PDS. Dies wurde für mich in Bautzen auch an den Äußerungen von Herrn MdB Tiefensee deutlich. Deshalb ist und bleibt die SPD für mich nicht wählbar. *Martin Peschek*

Das Zitat: Indirekt war mein Leben in der DDR schon durch meine Erziehung in einem christlichen Elternhaus immer von der Frage des Widerstandes geprägt. Gehen wir Kinder in die FDJ? Nein. Gehen wir zur Jugendweihe? Nein. Gehe ich zur NVA? Nein, ich wurde Bausoldat. Ich musste mir stets die Frage stellen, wie ich mit der Situation umgehe, Außenseiter zu sein und welche Konsequenzen mein „Nein“ für mein berufliches und persönliches Leben in der DDR haben wird.

Wolfgang Tiefensee

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung (Interview v. 28.05. 2013), nachlesbar im Internet

Anm. d. Red.: Wie viele andere Politikerinnen und Politiker unterhält Wolfgang Tiefensee auch eine eigene Präsentation bei dem sozialen Internet-Netzwerk Facebook.

Wolfgang Tiefensee wurde 1955 in Gera geboren, er war von 1998 bis 2005 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Von 2005 bis 2009 war er Bundesverkehrsminister und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Er ist aktuell Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Erinnerung ist ein peinliches „Nichts“

Was viele Linke über die untergangene DDR meinen

☒ Die „lieben Stalinisten“ – für Devisen verkauften sie nicht nur ihre eigene Gesinnung, sondern auch die Gesundheit und das Leben der Mitbürger in der Ex-DDR. Nein, sie machten vor nichts halt. Alles, was das Strafgesetzbuch an Straftaten beschreibt, wurde für ihre Zwecke genutzt und auch ausgeführt.

Fragt man einen heutigen so genannten Linken, so kann sich dieser an alles Gute, aber an sonst nichts erinnern. Mit diesem Nichts meine ich die Schandtaten des DDR-Systems.

Nun hoffen sie, dass ihr böses Treiben von einst unter dem Mantel der Demokratie im Nebel der Geschichte untergeht. Aber meines Erachtens wurde mit der Gründung der DDR die Vernunft eingekerkert und eine Scheidung vom gesunden Menschenverstand vollzogen.

Klaus Dörfert

Wer fordert Vergeltung? Und warum?

Über Vergleiche und Forderungen in unserem Land

Wir maßen uns garantiert nicht an, direkte Vergleiche zwischen einer ehemaligen nationalsozialistischen Diktatur und einem SED-Regime anzustellen. Vielleicht dürfen wir aber darauf hinweisen, dass sich die handelnden Akteure (und Akteurinnen) dieser ehemaligen SED-Diktatur weder in einem Kriegszustand (abgesehen vom Kalten Krieg) noch in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand befanden.

Wer fordert in unserem Staat „Vergeltung“, und welche entsprechenden Lebenserfahrungen weisen solche Menschen auf?

Wolfgang Schmidt

Gefunden im Internet:

Zum Tod des Malers und früheren Mitglieds des ZK der SED Willi Sitte meinen Spitzenpolitiker der Linken auf ihrer Website:

„Willi Sitte war ein einzigartiger Künstler, ein Mensch, der seine Kunst auch für sein politisches Engagement einsetzte.“ (Auszug)

Unterzeichnet von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi

Ich würde nicht wieder auf die Straße gehen und demonstrieren

Vom Mauerfall im Herbst 1989 profitieren hauptsächlich die falschen Leute

Zum Leserbrief im Fg-Heft 727 auf Seite 4 von Wolfgang Schmidt „Die Aktiven und die Unterschiede – nur zwei Fragen“ meldet sich Kamerad Siegfried Müller mit einer Meinung zu Wort, die in ihrer Direktheit sicherlich nicht jedem Kameraden passen dürfte, die aber durchaus nachdenkenswert ist. Ungeachtet des Leserbriefs von Wolfgang Schmidt hat Kamerad Müller, wie er im Begleitschreiben mitteilt, längst die Absicht gehabt, dieses heikle Thema zur Diskussion zu stellen. Er bezeichnet es als möglichen Stich in ein Wespennest.

Viele der ehemaligen Haftkameraden wurden trotz der schweren Jahre und Erfahrungen in den Lagern von Bautzen, Mühlberg, Buchenwald und denen in Sibirien nach ihrer Heimkehr Mitglied der SED, sie gingen freiwillig zu den Betriebskampfgruppen oder landeten gar bei der Stasi.

Die Betonung liegt bei mir auf „viele“, denn ich weiß, wovon ich schreibe!

Sicherlich kann jeder über sein Leben selbst entscheiden und das tun, was er für richtig hält. Und wenn jemand meinte, nach den Jahren der Haft in der kommunistischen Diktatur eben dieser Diktatur auch noch dienen zu müssen, so war es seine Sache, wenn er es tat.

Aber warum gedachten diese Haftkameraden und späteren Genossen erst nach dem Fall der Mauer wieder jener unheilbringenden und leidvollen Zeit? Schnell war das Parteibuch verschwunden, die Uniform der Kampfgruppe verbrannt, schnell auch der Weg in den neuen Vordergrund gefunden.

Ein neuer Mensch war entstanden! Eine neue Einsicht? Oder war es die Aussicht auf Geld, sehr viel Geld?

Einer aus diesen Reihen gab mir, als ich ihn nach der neuen Gesinnung fragte, die Antwort: „Die mögen nur zahlen, die haben's ja!“ Er meinte damit die Politiker aus dem Westen.

Habe ich jetzt in ein Wespennest gestochen?

Würde man die Zeit zurückdrehen können auf das Jahr 1989, in die Phase der Massendemonstrationen, ich würde keinen Schritt auf die Straße tun und wieder mitdemonstrieren. Nicht für das, was wir inzwischen erreicht haben: Die Gewinner und Profitierenden unseres Widerstandes und unserer Proteste sind doch jene, die wir damals eigentlich weg haben wollten.

Siegfried Müller

Über Diktaturen und Demokratien

Die Welt steht kopf – oder wie soll man es nennen, wenn in Frankfurt a. M. organisierte Trupps mit dem Heiligenschein des „Wutbürgers“ zu „friedlichen“ Protesten gegen die Banken antreten und in Wirklichkeit den Sturz der Demokratie und die Errichtung einer Diktatur vorhaben, während gleichzeitig in Istanbul fortschrittliche Kräfte unter Einsatz ihres Lebens verzweifelt gegen eine Diktatur kämpfen, die ihnen viele demokratische Grundrechte vorenthält ...

T. H.

Für das Ansehen und die Ehre der Partei eingesperrt gewesen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beging das Jubiläum ihres 150-jährigen Bestehens. Würdigte sie auch die Opfer?

Mit viel Aufsehen und interessanten Rückblicken beging im Mai die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr 150-jähriges Gründungsjubiläum, wobei sich zahlreiche prominente Gäste einfanden. Diese Partei hat, wie wir wissen, viel durchgemacht. Ihre Mitglieder wurden immer wieder verfolgt, eingekerkert oder des Opportunismus' zum politischen Gegner beschuldigt. Darüber wurde berichtet. Nichts zu hören und zu sehen war von den Opfern der Jahre unter der sowjetischen Besatzung, als ganze Scharen von SPD-Mitglieder inhaftiert wurden und zu Tode kamen, weil sie sich der Zwangsvereinigung mit den Kommunisten verweigerten. Auch das Schicksal von VOS-Kamerad Heinz Richter, inzwischen 91 Jahre und langjährigstes SPD-Mitglied wurde nicht gedacht. Mit dieser Unterlassung befasst sich der nachstehenden Leserbrief von VOS-Kamerad Walter Jürß.

☒ 150 Jahre SPD, aber kein Wort des Gedenkens der Opfer nach 1945 durch die Sowjets (NKGB).

Im Frühjahr des Jahres 1949 kam ein weiterer „Gast“ in unsere Zelle, somit waren wir sechs Personen auf zwei mal vier Metern und mussten unsere Notdurft auf dem Kochtopf erledigen.

Dieser neue „Gast“ war der Meinung, er würde nur einige Tage mit uns verbringen. Er war ein Urgestein der SPD. Er war 1895 eingetreten, 1905 hatte er für die Revolution in Russland bei uns Geldspenden gesammelt. Bis 1933 war er ehrenamtlich für seine Gemeinde tätig, danach wurde er arbeitslos.

Nach 1945 begann mit der Wiedergründung der SPD seine Tätigkeit für die Partei erneut. Nun hatte jedoch der Politoffizier den Vorsitzenden der SED befragt, warum im Ort alle in den FDGB (Gewerkschaftsbund der DDR) eintreten würden und keiner in die SED. Die Antwort: „Solange dieser Genosse nicht in der SED ist, gehen die anderen auch nicht in diese Partei.“

Am nächsten Morgen wurde dieser SPD-Mann abgeholt und nach Schwerin in das NKWD-Gefängnis am Demmlerplatz gebracht. Auf diese Weise kam er dann zu uns in die Zelle.

Dieser Mithäftling hatte in der Stadt ein großes Ansehen, er bekleidete viele Ehrenämter und zog auch nicht in die vom Sowjet-Kommissar angebotene Villa, sondern blieb in seinem bescheidenen Haus.

Im Gelben Elend von Bautzen traf ich noch viele andere SPD-Genossen, die entweder beim Ost-Büro der SPD oder mit der SPD-Zentrale Hannover in Verbindung standen.

Viele kamen ums Leben. An diese Patrioten der ersten Stunde der zweiten Diktatur sollte auch die heutige SPD in unserem Land einmal denken.

Die alten Genossen der SPD gaben uns (damals noch) Jungen gute Ratschläge, um das fürchterliche KZ zu überleben.

Walter Jürß

Anm. d. Red.: Vorstehender Text wurde mehreren Zeitungen erfolglos zum Abdruck angeboten.

Eine Vielzahl an Lebensjahren an beide Diktaturen verloren

Heinz-G. Lorenz hat dem Leben dennoch viele gute Seiten abgerungen – auch dank der VOS

Erinnerungen sind ein Stück unseres Lebens. Ob sie uns froh und erfüllt zurückblicken lassen oder ob sie uns Schmerz, Trauer und Angst bescheeren, unterliegt nicht unbedingt unserem Einfluss. Eher jedoch unterliegt es unserem Einfluss, ob wir diese Erinnerungen bewahren und anderen zugänglich machen wollen, damit die Nachkommen aus der Geschichte lernen können und nicht den Falschdarstellungen bestimmter politischer Kräfte ausgeliefert sind.

Zu denen, die ihre Erinnerungen nicht verschließen und verdrängen wollen, gehört unser VOS-Kamerad Heinz-G. Lorenz aus Ludwigsburg, der inzwischen 93 Jahre ist und natürlich viel erlebt hat. Kamerad Lorenz ist trotz des begnadeten Alters geistig voll auf der Höhe und auch körperlich noch so weit wohlauf, dass er allein wohnen und seinen Alltag bestreiten kann. Gerade erst von einer Hüftoperation aus dem Krankenhaus entlassen, tritt er noch im Juni eine Kur an, um seine Gesundheit zu stärken.

Natürlich ist Heinz-G. Lorenz den meisten Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke kein Unbekannter. Wie kaum ein anderes VOS-Mitglied ist er ein Stück lebender Geschichte unseres Verbandes, dem er 1954 beigetreten ist, im selben Jahr übrigens, in dem der Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diederich das Licht der Welt erblickte.

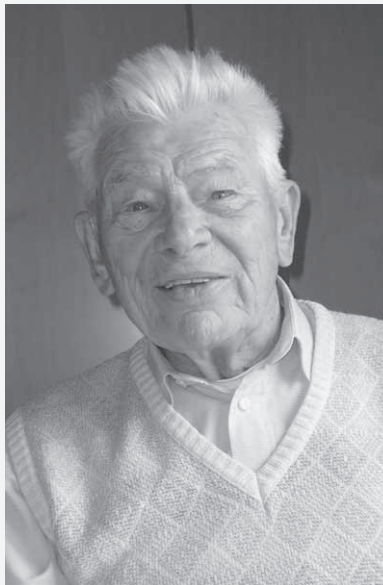
Heinz-G. Lorenz wurde im Jahr 1920 in Dresden geboren. Er gehört damit einer Generation an, die nach dem Sturz des Kaiserreiches immer wieder politische Krisen und wirtschaftliche Durststrecken miterleben musste. Bei Heinz-G. Lorenz kam der frühe Verlust seiner Mutter hinzu, zudem war er durch mehrere dienstliche Versetzungen seines Vaters häufig Umzügen und Schulwechseln ausgesetzt.

Trotzdem gelang ihm ein ordentlicher Schulabschluss. Danach wurde er zum Arbeitsdienst und zur Wehrmacht eingezogen. Eine Berufsausbildung, die er eigentlich hatte beginnen wollen, war nicht möglich, denn es kam das Jahr 1939, der Zweite Weltkrieg begann. Heinz-G. Lorenz durfte die Uniform gar nicht erst ablegen, er kam mit der 18.

Panzerdivision an die Front und erlebte den gesamten Krieg. An die Erlebnisse denkt er bis heute mit Schauern: vier schwere Verwundungen mit bleibenden gesundheitlichen Schäden, die eisige Kälte Osteuropas, das Sterben und Leiden unzähliger Soldaten an seiner Seite. Sein älterer Bruder, mit dem ihn viel verband, fiel zudem noch im Jahr 1945 an der Westfront.

Heinz-G. Lorenz

Häftlings- Schicksal



Es hieß einsteigen, um einen „Sachverhalt zu klären“, und schon sah der Unglückliche einen Pistolenlauf auf sich gerichtet.

Als Hitler mit dem letzten Truppenaufgebot auf den Seelower Höhen der Roten Armee den Vormarsch auf Berlin verweigern wollte, war Heinz-G. Lorenz immer noch dabei. Hier zog er sich wiederum eine Verwundung zu, an der er zwar schwer litt, die jedoch den Aufenthalt in der Kriegsgefangenschaft verkürzte.

Insgesamt siebeneinhalb Jahre Arbeits-, Militärzeit und Gefangenschaft kostete ihn die Diktatur der

Nationalsozialisten. Von dem bösen Trauma, das die frühen Erlebnisse bei ihm hinterlassen hatten, nicht zu reden.

Doch was ihn nach der Rückkehr aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Fürstenwalde erwartete, war wenig geeignet, das Vergangene vernünftig aufzuarbeiten und hinter sich zu lassen: das zerstörte Land, die Flüchtlingsströme aus den abgeteilten deutschen Ostgebieten, die Lebensmittelknappheit und die weithin verbreitete Präsenz der sowjetischen Besatzer.

Die familiären Verhältnisse gaben zunächst etwas Trost. Heinz-G. Lorenz war inzwischen Vater eines Sohnes geworden, und auch seine Frau, die in Leisnig bei Döbeln wohnte, erwartete ihn voller Sehnsucht. Doch er musste erfahren, dass seine Eltern ihre Wohnung hatten verlassen und den Sowjets zur Verfügung stellen müssen. Zudem war sein Vater, der ebenfalls zur Wehrmacht eingezogen gewesen war, durch das NKWD verhaftet worden. Er befand sich im örtlichen Gefängnis von Leisnig. Mehrmals fuhr Heinz-G. Lorenz mit seiner Stiefmutter zu diesem Gefängnis, um dem Vater, den sie hinter einem der Zellenfenster zu sehen meinten, zuzuwinken. Der Vater sollte auf diese Weise erfahren, dass nach dem Tod des ältesten Sohnes wenigstens der jüngere von beiden lebte. Einige Zeit später erfuhr Heinz-G. Lorenz, dass sein Vater in das Internierungslager nach Mühlberg gebracht und dort zum Tode verurteilt worden war. Welch ein bitteres Schicksal.

Aber der damals 25-Jährige hatte auch genug mit sich selbst zu tun. Die Verwundungen aus dem Krieg machten ihm zu schaffen, die Suche nach einer Arbeit und das Warten auf den „Entnazifizierungsschein“, den er dann 1946 erhielt, erschweren das Dasein. Heinz-G. Lorenz nahm im selben Jahr am 1. November eine Tätigkeit bei der Stadtverwaltung in Leisnig auf. Das Gehalt lag bei 185 Mark im Monat, die wöchentliche Arbeitszeit lag bei 48 Stunden. Obwohl die Lebensverhältnisse in jener Zeit alles andere als einfach waren, stabilisierte sich das Leben für ihn. → S. 11 oben

Das familiäre Glück, die schrittweise Rückkehr in einen normaleren Alltag gaben dem jungen Mann Halt und Zuversicht.

Dann jedoch kam der 13. April des Jahres 1948, ein blühender Frühlingstag. Heinz-G. Lorenz wurde nach der Mittagspause mit demselben Vorwand, den auch andere politische Häftlinge zu hören bekamen, vor die Tür geordert, wo schon ein russisch sprechender Zivilist wartete. Es hieß einsteigen, um einen „Sachverhalt zu klären“, und schon sah der Unglückliche einen Pistolenschuß auf sich gerichtet. Die Fahrt ging nach Leipzig, so viel ließ sich noch beim Blick aus den Autofenstern feststellen. Alles andere wurde zu einer Reise ins Ungewisse und in das Reich der Grausamkeit.

Wir wissen aus vielen authentischen Erlebnis schilderungen, was in den Einrichtungen geschah, in denen die Sowjets und deren Helfer ihr brutales Spiel trieben. Heinz-G. Lorenz musste nun erfahren, was vielen Schicksalsgefährten ebenfalls widerfuhr. Fragen, Anschuldigungen, Unterstellungen und die Aufforderung, Delikte zuzugeben, die er niemals begangen hatte. Da er sich weigerte, schriftlich oder mündlich etwas zu gestehen, zumal er sich keiner Schuld und keines Verhaftungsgrundes bewusst war, verweigerte er das Geständnis.

Die Folgen waren furchtbar, sie erschüttern uns bis heute, wiewohl wir sie aus vielen weiteren Schilderungen kennen. Man schlug und trat mehr als eine Stunde auf ihn ein, auch wenn er schon längst am Boden lag. Später die dunklen, stickigen Zellen, Einzelhaft, Überbelegung, minderwertiges Essen, katastrophale hygienische Bedingungen, dazwischen immer wieder Verhöre, Aufforderungen zu Geständnissen, Schläge, zusätzlichen Arrest und nach der Verlegung nach Dresden folgte das, was man damals als Gerichtsverfahren bezeichnete. Bei all dem kam Heinz-G. Lorenz bis zum heutigen Tag nicht dahinter, warum ihn die Sowjets abholten und ihn unbedingt verurteilen wollten. Er selbst hat nur die Vermutung, dass man wegen seiner damals unverhohlenen geäußerten Empörung über das Verhalten der sowjetischen Truppen auf ihn aufmerksam geworden war. Vergewaltigungen, Plünderungen,

sonstige Gewalttaten waren an der Tagesordnung, darüber empörten sich auch andere mutige Bürger – und diese hatten das dann zu büßen.

Heinz-G. Lorenz erhielt eine Haftstrafe von zehn Jahren wegen „Antisowjetischer Hetze“. Wenn man dieses Strafmaß mit jenen unglaublichen Dimensionen vergleicht, die vielen anderen Betroffenen angetan wurden, erscheint das Urteil geradezu milde. 20, 25 Jahre, das war das, was die meisten erhielten. Oder sogar das Todesurteil.

Ungeachtet dessen, sind auch zehn Jahre ein solcher Einschnitt ins Leben, auf dass es einen deprimieren muss, zumal die Wege der Verurteilten kaum Unterschiede aufweisen und die Gefahren in den Lagern unabhängig von der Länge der aufgebürdeten Haftzeiten lauerten: Krankheit, Seuchen, Kälte, Unterernährung, Misshandlungen. Und der psychische Druck.

In der Tat näherte sich Heinz-G. Lorenz allmählich der Schwelle des Todes – wenn er sie nicht schon mit einem Fuß überschritten hatte.

Es folgte eine Odyssee, die durch eine Reihe markanter Lager der Nachkriegszeit führte. Zunächst Bautzen, wo Heinz-G. Lorenz mit etlichen auf ähnliche Weise Verurteilten zusammenkam. Dort freilich erlebte er eine Überraschung, mit der er um nichts in der Welt gerechnet hatte: Er traf seinen Vater, der nicht minder staunte, wieder und der zwischenzeitlich von der Todesstrafe begnadigt worden war. Durch ein geschickt eingefädelt Treffen in der Krankenstation konnten sich Vater und Sohn unterhalten. Dieses Treffen blieb dann freilich auf lange Zeit das einzige. Der Vater wurde anschließend in das Zuchthaus Brandenburg verlegt, von wo er 1956 entlassen wurde. Er verbrachte insgesamt elf Jahre in den Strafanstalten von SBZ und DDR.

Mit seiner Frau hatte Heinz-G. Lorenz bis dahin keinerlei Verbindung aufnehmen dürfen. Erst 1949 wurde ihm dies wie den anderen Inhaftierten gewährt. Da befand er sich bereits im ehemaligen KZ Sachsenhausen, in das er nach einem umständlichen Transport mitten im Winter verlegt worden war. Er empfand es

als große Erleichterung, dass seine Frau wenigstens ein Lebenszeichen von ihm haben und in größeren Zeitabständen auch ein Paket schicken durfte. Den Ort seines Aufenthaltes durfte er allerdings ebenso wenig mitteilen wie eine Absenderaufschrift auf dem Umschlag angeben.

In Sachsenhausen erkrankte Heinz-G. Lorenz sehr schwer. Er wurde ins Lazarett verlegt und sah, wie viele Häftlinge aufgrund fehlender Medikamente und Behandlungsmöglichkeiten starben. Nachdem er sich quasi zum Gesundwerden durchgebissen hatte, kam die nächste Station der Haft. Es ging in einem mehrtägigen Transport nach Untermaßfeld. Von den Strapazen, der schlechten Verpflegung, von Kälte und Feuchtigkeit angegriffen und geschwächt, erkrankte Heinz-G. Lorenz nun an Lungentuberkulose. Als er diese halbwegs auskuriert hatte, passierte das nächste Missgeschick: Er stürzte und brach sich den linken Arm. Da er wegen einer Kriegsverwundung den rechten Arm schon nicht voll bewegen konnte, war er lange Zeit auf fremde Hilfe angewiesen. Zugleich erkrankte er an Darm-Tuberkulose, dann breitete sich auch die Tuberkulose der Lunge wieder aus. Es folgte die Verlegung nach Waldheim, wo sich das zentrale Haftkrankenhaus befand und ein improvisiertes Ärzteteam an ihm eine Gallen-Darm-Operation vornahm.

In der Tat näherte sich Heinz-G. Lorenz allmählich der Schwelle des Todes – wenn er sie nicht schon mit einem Fuß überschritten hatte. Wer weiß, hätte es den Volksaufstand im Juni 1953 nicht gegeben, wäre die VOS später um einen guten Kameraden ärmer gewesen. So jedoch drangen die Nachrichten über dieses gewaltige Ereignis bis hinter die Mauern der Zuchthäuser. Unruhe breitete sich aus, Hoffnung. Bis in den Krankensaal, in dem Heinz-G. Lorenz immer noch lag. Doch es dauerte bis zum 16. Januar 1954, ehe er die Anstalt verlassen konnte. Eine harte, grausame Zeit war vorüber, eine neue begann. Doch diese neue Zeit bettete den Entlassenen keineswegs auf Rosen. Das Eingewöhnen in die Familie fiel schwer, die Erinnerung an die zurückgelassenen Kameraden war bedrückend, das Misstrauen in den Staat kannte keine Grenzen. → S. 12 oben

Am 13. April 1954 kehrte Heinz-G. Lorenz der DDR den Rücken. Mit nicht mehr als einer Aktentasche traf er im Notaufnahmelaager Berlin-Marienberg ein, wo er vielen anderen Ex-Häftlingen begegnete. Sie alle wollten nicht mehr in der DDR leben. Allerdings litt er weiter unter der Tuberkulose und zog sich zudem eine Gelbsucht zu, die ihn vier Wochen ins Krankenhaus brachte.



Erst später kam seine Frau mit den Kindern nachgereist. Zusammen gingen sie nach Ludwigsburg, wo Heinz-G. Lorenz heute noch lebt und wo die VOS in den frühen Jahren eine Macht war. Etwa 350 Kameradinnen und Kameraden gehörten damals der Bezirksgruppe an. Man kämpfte zusammen für soziale Leistungen und engagierte sich politisch. Der Name Werner Köhler, des langjährigen Bundesvorsitzenden der VOS, hat für Heinz-G. Lorenz einen guten Klang. Köhler war ein vorbildlicher Kamerad, er setzte sich konsequent für die Interessen der VOS ein. Ohne ihn wäre der Verband nicht das, was er heute noch ist. Heinz-G. Lorenz selbst hat immer im Vorstand der Bezirksgruppe mitgearbeitet. Bis zu seinem 90. Geburtstag war er Kassenwart.

Eine besonders enge Verbindung unterhält Heinz-G. Lorenz bis heute zu Benno Priß, der nicht weit entfernt wohnt. Beide gemeinsam haben viel für die Aufarbeitung getan. Sie haben das Gedenken an die Kameraden, die die Haft nicht überstanden haben, für die Öffentlichkeit gewahrt. Insonderheit nach dem Mauerfall sind beide gemeinsam an die alten Stätten gefahren, um nach Namen und Schicksalen zu forschen

und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Für Heinz Lorenz ist die VOS ein Stück Heimat, und das wird so bleiben. Wünschen würde er sich, dass auch mehr jüngere Leute, die in der DDR inhaftiert waren, eine intensivere Bindung zum Opferverband aufbauen und ihm beitreten. Es wäre schade, wenn das, was über mehr als sechs Jahrzehnte gewachsen ist, wegen Mitgliedermangels ein Ende fände. Nicht nur weil die VOS ein Zusammenschluss mit humanistischen Zielen und Inhalten ist, sondern weil sie immer noch eine große politische Bedeutung hat. A.R.

Laut und leise nachgedacht:

Die Akten aus der Erfassungsstelle Salzgitter wurden sicher nicht versehentlich der Öffentlichkeit vorenthalten ... Abgesehen von nachweislichen Morden ist 1.) alles verjährt und 2.) wie willst du denn etwas beweisen? ... (Weiter möchte ich mich wirklich nicht äußern; eigentlich möchte ich mich gar nicht äußern; mir wäre es am liebsten, wenn ich mich gar nicht mehr erinnern könnte ...) Wolfgang Schmidt

S p l i t t e r

Bautzener Museumsnacht mit origineller Themenwahl

Unter dem Motto »Ulbricht, Pieck und Grotewohl, dass euch drei der Teufel hol!« fanden am 15. Juni 2013, in der Zeit von 18 bis 23 Uhr mehrere kostenfreie Sonderführungen und Angebote an Dokumentarfilmvorführungen zur Langen Nacht der Museen in der Gedenkstätte Bautzen statt. Die Gedenkstätte Bautzen, in der Weigangstraße 8a, 02625 Bautzen hatte am 15. Juni 2013 ab 10 Uhr geöffnet.

Der Spruch geht auf einen Reim zurück, der in den 1950er und 1960er im Volksmund der DDR die Runde machte. Wer beim Aussprechen des Spruches erwischt wurde, dem (oder der) waren einige Jährchen in der Haft sicher. Das Gleiche galt natürlich auch für politische Witze, ganz besonders mit Bezug auf diese drei „führenden Köpfe“ des „Arbeiter- und Bauernstaates“. Den Verantwortlichen der Gedenkstätte sei hiermit ein gutes Gespür für die Themenwahl ihrer Museumsnacht bescheinigt.

Informationen über weitere Events finden sich bei Susanne Hattig, Öffentlichkeitsbeauftragte. Telefon 03591 - 530 363, Email susanne.hattig@stsg.smwk.sachsen.de.

Kirche im und nicht gegen den Sozialismus

»Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.« Mit diesem Leitsatz gab der am 10. Juni 1969 gegründete Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seine Haltung gegenüber dem sozialistischen System der DDR bekannt.

Ob man damit den Christen in der DDR, die sich durch die Kirche eine humanistisch geprägte Wappnung gegen die Diktatur aus Ideologie, Stacheldraht und Waffen erhofften, Unterstützung und Zuspruch bot, bleibt zweifelhaft. Eher offenbarte sich hier eine tiefe Kluft zwischen der Kirchenleitung und den Gläubigen, in deren Mitte sich jene Pfarrer befanden, die ein Gewissen gegenüber ihren Schutzbefohlenen hatten. Oskar Brüsewitz jedenfalls wusste sich sieben Jahre später dem schwierigen Konflikt nicht anders als durch eine öffentliche Selbstverbrennung zu entziehen. A.R.

Die Fürsprache war vergeblich, der Häftling blieb in Waldheim

Die DDR-Schriftstellerin Anna Seghers starb vor 30 Jahren in Berlin. Ihr Werk und ihre politische Haltung sind nach wie vor umstritten. Immerhin setzte sie sich für einen Inhaftierten in der DDR ein

Die Schriftstellerin Anna Seghers kannte in der DDR fast jeder, war doch ihr Roman „Das siebte Kreuz“ Pflichtliteratur an den Schulen. Heute jedoch finden ihre Bücher kaum noch Beachtung, was weniger dem Zeitgeist als deren politischer Unterwürfigkeit unter die kommunistische Ideologie geschuldet ist. Insonderheit ihre Stalin-Treue bleibt bis heute unverstänlich und einer nach Weltgeltung strebenden Autorin unwürdig.

Wenig bekannt ist, dass sich Seghers für unseren damals in der DDR inhaftierten Autor Dr. Jörg Bilke eingesetzt hat. Leider – wie man im nachstehenden Beitrag lesen kann – vergeblich.

Am 4. Oktober 1965, vier Jahre nach dem Bau der Mauer in Berlin, las Anna Seghers in der Mainzer Stadtbücherei ihre autobiografische Erzählung „Der Ausflug der toten Mädchen“ (1944). Der Raum war überfüllt, dichtgedrängt saßen die Zuhörer, einige Studenten hatten keinen Platz mehr gefunden und sich zu ihren Füßen niedergelassen. Rechts von ihr im Publikum saß Lore Wolf, ihre Exilgefährtin in Frankreich, die in Paris das Manuskript des Romans „Das siebte Kreuz“ (1942) abgeschrieben hatte.

Dass sich Anna Seghers drei Jahre zuvor für meine Freilassung aus dem DDR-Zuchthaus Waldheim eingesetzt hatte, wusste ich damals noch nicht. Das erfuhr ich erst Jahrzehnte später, als sie längst verstorben und der Staat, für den sie gekämpft hatte, untergegangen war.

Ihren Namen freilich kannte ich aus Berlin, wo ich zum Sommersemester 1958 ein Studium der Literaturwissenschaft an der Freien Universität aufgenommen hatte. In Ost-Berlin, wohin ich jeden Samstag fuhr, konnte man ihre Bücher kaufen, darunter den Exilroman „Das siebte Kreuz“ von 1942, gelesen aber hatte ich nichts, als ich im Herbst 1960 mein Studium an der Universität Mainz fortsetzte.

Die Werke von Anna Seghers wurden damals in den germanistischen Seminaren westdeutscher Universitäten nicht behandelt, nicht einmal in Mainz. Das sollte sich erst nach dem Bau der Mauer am 13.

August 1961 in Berlin ändern, als der SED-Staat und seine Literatur stärker ins westdeutsche Blickfeld rückten. Ich aber las die Romane von Anna Seghers im Zuchthaus Waldheim, wo ich am 2. September 1962 eingeliefert worden war. Die dortige Zuchthausbibliothek war gut ausgestattet, nicht nur die deutschen Klassiker waren vertreten, auch Romane Heinrich und Thomas Manns konnte man ausleihen und, zur „Umerziehung“ der Häftlinge, reichlich DDR-Literatur.

Anna Seghers

bekannt, doch
kaum noch
gelesen

Die Werke der „sozialistischen Klassiker“ Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Ostberliner Dietz-Verlag dagegen unterlagen strengen Restriktionen. Dafür benötigte man, wie mir der für Kultur zuständige Hauptmann der „Volkspolizei“ erklärte, eine Sondergenehmigung, weil manche Gefangenen, besonders die dialektisch geschulten, diese Schriften „falsch“ interpretierten und mit den Klassenkampftesen von Marx und Engels die Politik Walter Ulbrichts zu widerlegen suchten, das aber sei „unwissenschaftlich“.

Im Sommer 1963 wurden vom Kulturhauptmann zwei Bücher konfisziert, die bei den Gefangenen außerordentlich beliebt waren und während des Lesens mit Randbemerkungen versehen wurden wie „Siehe Waldheim“ oder „Wie bei uns“: Dostojewskis Bericht über seine sibirische Lagerhaft „Aus einem Totenhaus“ (1862) und der dem Konzentrationslager Buchenwald in Thüringen gewidmete Roman „Nackt unter Wölfen“ (1958) von Bruno Apitz.

Bei Anna Seghers war das anders, ihre Romane zu lesen war nicht nur erlaubt, sondern höchst erwünscht, weil sie „erzieherisch wertvoll“ zu

sein schienen, um den gestrauchelten „Staatsverbrecher“ auf den rechten Weg zurückzubringen.

Für mich aber hatte die Geschichte der Flucht Georg Heislers im Herbst 1937, die ihn bis in den Mainzer Dom führte, noch einen Neben aspekt: Ich konnte gedanklich in die rheinhessische Landschaft zwischen Mainz und Worms zurückkehren.

Zehn Jahre später, im März 1973, als ich in Bloomington/Indiana lebte, flog ich für eine Woche nach Mexiko City, wo noch nie ein DDR-Germanist gewesen war, um den Spuren von Anna Seghers im Exil nachzugehen. Später berichtete ich Anna Seghers von dieser Reise und schickte ihr ein Foto des Hauses in der Calle Industria, worin sie bis 1947 gewohnt hatte. Und als ich 1974 im Mainzer Josefstift Dr. Magdalene Herrmann (1888 bis 1988), die Lehrerin von Anna Seghers, ausfragte, bekam ich die Anschriften dreier Mitschülerinnen, die mir in langen Briefen über ihre Jugendfreundin Netty Reiling erzählten. Daraus entstand dann das biografische Kapitel meiner Dissertation über das Frühwerk von Anna Seghers „Auf der Suche nach Netty Reiling“.

Aber erst zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall erfuhr ich, dass Anna Seghers auch um meine Freilassung bemüht war. Sie war von meinen Mainzer Freunden angesprochen worden und hatte daraufhin um ein Gespräch mit der „Staatssicherheit“ gebeten. Am 3. Dezember 1962, als ich schon ein Vierteljahr in Waldheim war, erschienen drei MfS-Offiziere in ihrer Wohnung in der Volkswohlstraße 81 und diskutierten mehrere Stunden mit ihr. Ein Reflex dieses Einsatzes war ein zweistündiges Gespräch, das am 5. Februar 1964 zwei hohe, aus Ost-Berlin angereiste Offiziere der „Volkspolizei“ in Waldheim mit mir führten. Genutzt hat es nichts, freige kauft gegen 40.000 Westmark wurde ich erst am 25. August 1964.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Anm.: Anna Seghers, geboren als Netty Reiling in Mainz, starb am 1. Juni 1983 in Ost-Berlin.

Wir mussten die Folgen der Diktatur ausbaden und darunter leiden

Widerstand gegen die nächste Diktatur wurde oft genug mit dem Leben bezahlt

Wir, die Jahrgänge ab 1920 haben Hitler zwar nicht gewählt, aber wir mussten die volle Macht der Diktatur des Dritten Reiches erfahren und die Folgen ausbaden. Nachdem 1945 alles zusammengebrochen war, hörten wir Rostocker Studenten im Westradio die Reden der Politiker Kurt Schumacher, Ernst Reutter, Thomas Dehler und anderer. Es hieß darin, man müsse eine Diktatur schon in ihren Anfängen bekämpfen – nicht erst wenn sie sich ausgebreitet hat. Daraufhin nahmen die Mutigsten Kontakt zu den Ost-Büros von CDU, SPD und FDP in West-Berlin auf, was nachher nicht wenige mit dem Leben zu bezahlen hatten. So wurde an der Universität von Rostock die Gruppe der FDP um Arno Esch vom NKWD ausgehoben und verhaftet. Sechs ihrer Mitglieder wurden nach Moskau verschleppt und dort erschossen. Einer bekam eine Strafe von 25 Jahren Straflager in Workuta.

Auch ich war Betroffener.

Ich habe sieben Jahre im Schweigelager Nr. 4 in Bautzen verbracht. Es war das Gelbe Elend von Bautzen. Wir Inhaftierten streikten im März 1950. Damals hingen 6.000 Gefangene an den Gittern der Anstalt – und das sechs Monate nach Gründung der DDR. Bereits kurze Zeit danach, am 31. März 1950, folgte der Hungeraufstand, der von der Wachmannschaft brutal niedergeknüpelt wurde.

Dazu stelle man sich vor: Von 1950 bis 1953 wurden noch 927 DDR-Bürger bzw. Menschen, die bei Nacht und Nebel aus West-Berlin entführt worden waren, in Moskau hingerichtet. Man hatte sie heimlich dorthin verschleppt.

Über all das sollten die Zeitungen von heute einmal ausführlich und wahrheitsgemäß berichten, damit bei den jungen Generationen kein falsches Bild von unseren Haftzeiten entsteht. Zu meinem Buch „Vogelsang hinter Gittern“ hat Herr von Leesen das Vorwort geschrieben.

Die renommierte juristische Fakultät der Rostocker Universität wurde inzwischen nach Arno Esch benannt.

Walter Jürß

Ann. d. Red.: „Vogelsang hinter Gittern“ ist bei BoD erschienen und auch gebraucht bei Internetanbietern erhältlich. Nachzulesen ist folgende bemerkenswerte Kundenrezension:

Ich habe selten eine Biografie gelesen, die ungeschminkt das Leben während der Nazizeit und in Bautzen darstellt. Ich würde es jedem empfehlen, der einmal eine dunkle Geschichte Deutschlands aus dem Empfinden eines einfachen Menschen erleben möchte. Leider ist die Neuzeit etwas schwach, aber der Rest fesselt ein.

Der Volksaufstand vom Juni 1953 muss allen in Erinnerung bleiben

Bundesvorsitzender Hugo Diederich ist bei mehreren hochkarätig besetzten Gedenkveranstaltungen zugegen und gibt Statements ab

Das Gedenken darf nicht Routine werden, und wir dürfen keine Verfälschung und Verharmlosung zulassen, wenn es um die Ursachen, Auswirkungen und die Art der Niederschlagung des Volksaufstandes vom Juni 1953 geht. Unter diesen Aspekten nahm der Bundesvorsitzende der VOS (Foto links) gleich an zwei bedeutenden Gedenkfeiern anlässlich des Volksaufstandes teil und hob in der Ansprache auch die von Anfang an konsequent bestehende Haltung der VOS hervor.

Zum einen ging es um die alljährliche Veranstaltung am Steinplatz, wo der Bezirksbürgermeister von Wilmersdorf-Charlottenburg, Reinhard Naumann, dessen Amt auch für eine gute Organisation gesorgt hatte – Bestuhlung, Lautsprecheranlage, zwei Soldaten der Bundeswehr, die den Kranz der Stadt niederlegten – und wo vom Abgeordnetenhaus MdA Joachim Krüger und vom Bundestag Herr MdB Kai Wegner teilnahmen.



Als Zeitzeuge war unser Kamerad Horst Hertel, der am 18.06.1953 wegen „Rädelsführerschaft“ festgenommen wurde und später zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Kamerad Hertel war auch zu der Veranstaltung mit Angela Merkel geladen.

Am Vortag fand im Beisein von Hugo Diederich vor dem Finanzministerium in Berlins Leipziger Straße die Umbenennung in Platz des Volksaufstandes statt. Minister Wolfgang Schäuble nahm die Einweihung in „Platz des Volksaufstandes von 1953“ vor. Unser Kamerad und Zeitzeuge Klaus Gronau, der kurze, aber bewegende Worte sagte, durfte das Schild enthüllen. Weitere wichtige Politiker waren auch hier anwesend. *T. Haltern*

Wir trauern um

Horst Hesse

Fritz Richter

Otto Kranz

Prof. Dr. Gerd Kossatz

Bezirksgruppe Berlin

Bezirksgruppe Cottbus

Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Bezirksgruppe München

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Herr Putin und die Beutekunst

Das Spiel der Großen in der Weltpolitik hat seine Formen, Inhalte und vor allem die Besetzung geändert. Saßen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die beiden sogenannten Supermächte USA und Sowjetunion allein am Tisch und spielten nach Regeln, denen sich alle anderen zu unterwerfen hatten, so sind diese (düsteren) Zeiten eindeutig vorbei. Die Runde von einst hat sich erweitert, die Dominanz einzelner Teilnehmer ist dahin, Erpressungen und Betrügereien sind nicht mehr zulässig, es gibt immer mehr gemeinsame Spielzüge.

Deutschland und China gehören nun auch zu den Großen, egal wenn das nicht allen passt. Der einstige Terminator Sowjetunion ist verschwunden, an seiner Stelle sitzt Russlands Putin. Aber man muss sich die Frage stellen, ob dieser Mann, dieses Land nicht besser an den Tisch der Kleinen versetzt werden müsste, an dem beispielsweise die Türkei und Syrien sitzen. Denn immer noch gibt er Karten als Trümpfe aus, die veraltet sind. Eine davon war das Thema Beutekunst. Was glaubt Herr Putin denn, wie lange er sich noch auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges als allround-Joker berufen kann? Mag sein, dass er sein eigenes Land in die Diktatur zurückführt, am Tisch der Weltpolitik sind Panzer, KGB-Uniformen und der rote Knopf für die Atombombe keine Trümpfe mehr.

Wir wissen – immer noch – welche Schuld Deutschland auf sich geladen hat. Aber dafür hat es gebüßt. Es gab auch bei uns großes menschliches Leid, für das die Sowjets verantwortlich sind. Zudem wurde das Land leergeräumt. Ein riesiges Territorium wurde dauerhaft von der Sowjetunion annektiert. Kriegsbeute, auch das. Herr Putin sollte sich entscheiden, ob er im Spiel der Weltpolitik auf Partnerschaft und Ehrlichkeit setzt oder ob er sich weiter isoliert. T.H.

Staatsminister Bernd Neumann besucht Gedenkstätte Bautzen

Veranstaltungen in den ehemaligen Haftanstalten

☐ Auf Einladung der CDU-Bundestagsabgeordneten Maria Michalk besuchte am 21. Juni erstmals der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Herr Staatsminister Bernd Neumann, die Gedenkstätte Bautzen. Während des einstündigen Rundgangs durch das ehemalige Stasi-Gefängnis Bautzen II mit der Leiterin der Gedenkstätte, Silke Klewin (Foto, © Gedenkstätte), sollte der Gast den historischen Ort kennenlernen, die Ausstellungen zur komplexen Geschichte der beiden Bautzener Haftanstalten besichtigen und sich über die vielfältigen Bildungs- und Veranstaltungsangebote der Gedenkstätte informieren.



Als Ort von bundesweiter historischer Bedeutung wird die Gedenkstätte Bautzen als Teil der Stiftung Sächsische Gedenkstätten institutionell sowohl vom Freistaat Sachsen als auch vom Bund gefördert. Sie erinnert an die Menschen, die während der NS-Diktatur, der sowjetischen Besetzung (SBZ) und der DDR aus politischen Gründen in den beiden Bautzener Gefängnissen gefangen gehalten wurden. Jährlich besuchen über 100.000 Besucher die Einrichtung.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- | | |
|---|---------|
| – einheitlich für alle Mitglieder ab 2013 | 45,00 € |
| – Ehepartner | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (729/30) erscheint im August 2013

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **728**: 19. Juni 2013